

Medienmitteilung vom 27. August 2010

Stärkung der Schule Aargau durch Verzicht auf integrative Schulung

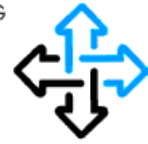
Aarau, 27. August 2010: Im Mai 2009 hat das Volk das Bildungskleeblatt deutlich verworfen. Die zwei neuen Vorlagen, die der Regierungsrat aktuell in Vernehmlassung hat, werden von der Aargauischen Stiftung für Freiheit und Verantwortung in Politik und Wirtschaft differenziert gewürdigt. Die Vorlage zur „Stärkung der Volksschule Aargau“ ist eine deutliche Verbesserung gegenüber dem Bildungskleeblatt. In ihr fehlt jedoch eine klare Absage an die integrative Schulung. Zudem drängt sich ein Wechsel vom System 5 + 4 Jahre auf 6 + 3 Jahre aktuell nicht auf.

Mit der vorgeschlagenen Teilrevision der Verfassung und des Schulgesetzes sollen die nationale Vereinheitlichung der Bildungsstufen umgesetzt, der Kindergarten gestärkt und bei der Zuteilung der Lektionen an die Schulen vermehrt auf das soziale Umfeld der Schule Rücksicht genommen werden. Die Primarschule wird auf sechs Jahre verlängert und die Oberstufe auf 3 Jahre verkürzt. Der zweijährige Kindergarten wird obligatorisch und zu einem Teil der Volksschule. Mit mehr Lektionen für Schulen mit erheblicher sozialer Belastung, regionalen Spezialklassen für Jugendliche, die in Regelklassen nicht tragbar sind und der befristeten Entlastung von Lehrern soll die Qualität der Bildung in der Real- und Sekundarschule verbessert werden. Für den Kanton entstehen Mehrkosten von rund 31 Mio. Fr. jährlich.

Dies ist eine gegenüber dem Bildungskleeblatt deutlich verbesserte Vorlage. Real-, Sekundar- und Bezirksschule bleiben bestehen und werden mit besonderen Massnahmen gestärkt. Es wird flächendeckend keine integrative Schulung eingeführt. Der Status quo der integrativen Schulung wird jedoch zementiert, obwohl er aufgrund der Erfahrungen als gescheitert einzustufen ist. Er überfordert die grosse Mehrheit der Lehrkräfte und ist sehr aufwändig. Der Kanton Zürich – in der Kleeblattabstimmung noch als Vorbild dargestellt – hat in der Zwischenzeit entschieden, die integrative Schulung wieder abzuschaffen. Sie ist zu aufwändig und führt zu einer Absenkung des Bildungsniveaus.

Diesen Schritt müssen wir auch von der Aargauer Regierung fordern. Die meisten Zusatzkosten (Zusatzlektionen, Assistenzen usw.) ergeben sich durch die integrative Schulung. Es macht in der Aargauer Schullandschaft einfach keinen Sinn, dass jede Schule weiterhin selber entscheiden soll, ob sie integrativ schulen will oder nicht. Eine Vereinheitlichung auf die traditionellen, bewährten Schulungsmethoden hat für alle Vorteile: für die Schüler, die Lehrpersonen und den Steuerzahler.

Aus pädagogischer Sicht erachten wir die Beibehaltung von 5 Jahre Primar- und 4 Jahre Oberstufe für die kommenden Jahre als zweckmässiger als den vorgeschlagenen Wechsel zum System 6 + 3. Die frühere Aufteilung in der Oberstufe macht es einfacher, die spezifischen Stärken der Jugendlichen gezielter zu fördern. Diesem Ziel dienen auch die neu vorgesehenen Spezialklassen, die befristet für schwierige Schüler geschaffen werden sollen. Hier stellt sich die Frage, ob es nicht besser wäre, die Kleinklassen wieder einzuführen für Schüler, die einem normalen Unterricht nicht folgen können. Die Zusatzlektionen sind der aufwändigste Teil der Vorlage. 30-40% der Abteilungen sollen davon profitieren. Das sieht immer noch nach Giesskanne aus, allerdings weniger als der Sozialindex im Bildungskleeblatt (>50%). Hier fordert die Stiftung eine Reduktion auf maximal 25% der Abteilungen.



Das vorgeschlagene Obligatorium für den Kindergarten macht Sinn, ebenso dessen Eingliederung in die Volksschule. Das fördert die Integration von Kindern und bereitet sie auf die Schule vor. Allerdings ist nicht einzusehen, warum im Kindergarten nicht spielerisch die pädagogisch wichtigen ersten Lernschritte im Lesen, Schreiben und Rechnen bereits vermittelt werden können.

Weitere Informationen:

Dr. Markus Letsch, Präsident des Stiftungsrates, Tel. 079 662 63 07